

PRESSEMITTEILUNG

Hamm, 11. Juli 2023

DHS kritisiert Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2024

Einsparungen bei Suchtprävention schaden der ganzen Gesellschaft

Auch die Suchtprävention ist von den Kürzungen im Etat des Bundesgesundheitsministeriums massiv betroffen. Bei den Projekt- und Kampagnenmitteln des Bundes sollen im nächsten Jahr rund vier Millionen Euro wegfallen. Die Kürzungen von rund 13,2 Mio. Euro im Jahr 2023 auf 9,2 Mio. Euro in 2024 betreffen die „Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs“. Die Einsparungen werden dramatische Folgen haben, warnt die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS).

Suchtprävention ist unverzichtbar

„Millionen Menschen in Deutschland haben Suchtprobleme. Die Betroffenen – und auch ihr soziales Umfeld, leiden unter einem hohen Verlust an Gesundheit und Lebensqualität. Suchtprävention trägt entscheidend dazu bei, Bürgerinnen und Bürgern ein gesundes Leben zu ermöglichen. Kürzlich wurde in Studien erneut nachgewiesen, dass in Suchtprävention investierte Mittel eine hohe Effizienz in der Vermeidung von volkswirtschaftlichen Folgekosten haben. Die geplanten Mittelkürzungen sind daher nicht hinnehmbar und müssen dringend zurückgenommen werden“, sagt Dr. Peter Raiser, Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS).

Cannabis-Prävention muss ausgebaut werden

Insbesondere für die geplante Cannabis-Regulierung müssen aus Sicht der DHS ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. „Das gilt insbesondere im Bereich der Suchtvorbeugung bei Kindern, Jugendlichen und anderen vulnerablen Zielgruppen. Es gibt eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für den Schutz dieser Gruppen. Elementar ist zudem, nicht nur über Wirkung, Gefährdungen und potenzielle Risiken zu informieren, sondern auch Strategien aufzuzeigen, um Risiken zu mindern“, betont DHS Geschäftsführer Raiser.

Verantwortung bei Bund, Ländern und Kommunen

Um die Maßnahmen der Suchtprävention flächendeckend und nachhaltig anbieten zu können, braucht es Engagement auf allen Verwaltungsebenen. Bund, Länder und Kommunen müssen einen Betrag leisten, um die Entstehung von Suchterkrankungen zu verhindern. Die DHS fordert den Bund auf, als gutes Beispiel voranzugehen und die Mittel nicht zu kürzen, sondern angesichts der anstehenden Aufgaben zu erhöhen.

Kontakt für Presseanfragen

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihren Recherchen. Ihre Anfrage richten Sie bitte per Mail an Petra von der Linde, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

vonderlinde@dhs.de oder info@dhs.de

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS)

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) ist die zentrale Dachorganisation der deutschen Suchthilfe und Sucht-Selbsthilfe. Nahezu alle Träger der ambulanten Suchtberatung und Suchtbehandlung, der stationären Versorgung und der Sucht-Selbsthilfe sind in der DHS vertreten.

DHS-Suchthilfeverzeichnis: Information, Beratung & Behandlung

Bei Fragen rund um das Thema Sucht helfen und unterstützen Fachleute vor Ort und online. Unter www.suchthilfeverzeichnis.de finden Betroffene, Angehörige und Interessierte die Kontaktdaten und Arbeitsschwerpunkte von rund 2.000 ambulanten und stationären Einrichtungen der Suchthilfe in ganz Deutschland.

DHS Publikationen zu Sucht, Drogen und abhängigem Verhalten

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) bietet eine Vielzahl an kostenlosen Publikationen zu den Themenfeldern Sucht, Suchtstoffe und abhängiges Verhalten. Alle aktuell verfügbaren Veröffentlichungen können im DHS Bestellcenter heruntergeladen oder bestellt werden: <https://www.dhs.de/infomaterial>